

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 12.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 21. März 1913.

Insertionspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1548. — Redaktionsschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Am 29. März d. J. wird die
Geschäftsstelle des Zentralverbandes
Christlicher Holzarbeiter Deutschlands

in Cöln, von Palmstraße 14 nach

Senloerwall 9

verlegt. Von genanntem Tage an sind sämtliche Zuschriften an die neue Adresse zu richten.

Die Zahlstellen werden gebeten, in den letzten Tagen des Monats den Umzug der Geschäftsstelle zu berücksichtigen.

Ab 1. April d. Js. gilt die obengenannte Adresse für sämtliche Büros der christlichen Gewerkschaften in Cöln, auch für das Generalsekretariat und den Gewerkschaftsverlag.

Vor dem Abschluß der Tarifbewegung.

Von der verhältnismäßig nicht mehr großen Zahl der noch unerledigten Differenzpunkte wird einer nach dem andern aus der Welt geschafft. Die Tatsache, daß es bislang in keiner von den beteiligten Städten wegen der Tarifbewegung zum Kampfe kam, läßt die Hoffnung zu, daß auch dort, wo man sich noch nicht voll und ganz einig, der Frieden gewahrt bleibt. Teilten wir in der letzten Nummer des „Holzarbeiter“ mit, daß die Friedensaussichten in Crefeld und Höchst besonders schwach seien, so können wir heute melden, daß in Crefeld der Vertrag so gut wie fertig ist. Hier war die Hauptsache, daß in den Vertrag eine Lohnnormierung hineinkam. Das ist denn auch nach langwierigen Verhandlungen gelungen. Der Durchschnittslohn wird auf 49 Pfg. festgesetzt, und steigt während der Tarifdauer auf 56 Pfg. Wie in Höchst die Sache auslaufen wird, ist allerdings noch immer recht ungewiß. Wie die „Fachzeitung“ der Arbeitgeber meldet, soll im Laufe der nächsten Tage in Anwesenheit von Vertretern der Zentralvorstände erneut verhandelt werden.

In den bisherigen Verhandlungen der Zentralvorstände ließen sich bereits eine Reihe von Fragen regeln, die seitens der örtlichen Parteien den Zentralinstanzen zur Entscheidung übergeben waren. Zunächst sind die Bestimmungen über die Schlichtungskommissionen, soweit sie in die Tarife hineinsollten, formuliert worden. Diese Bestimmungen haben folgenden Wortlaut:

„Zur Beilegung von Streitigkeiten über die Anwendung und Durchführung dieses Vertrages sowie aller Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen, wird eine Schlichtungskommission gebildet. Die Kommission besteht aus . . . Mitgliedern, welche je zur Hälfte von den beiderseitigen Organisationen gewählt werden. Jede Vertragspartei hat der anderen ihre gewählten Mitglieder sowie jeden Wechsel derselben unmittelbar nach der Wahl bekanntzugeben.“

Die Schlichtungskommission hat innerhalb zwei Wochen nach Abschluß dieses Vertrages zusammenzutreten und sich zu konstituieren; sie gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst. Jede Partei bestimmt für sich einen Obmann. Beide Obmänner sind nach vorausgegangenem Rücksprache berechtigt, Sitzungen der Kommission einzuberufen. Die Mitglieder derselben sind gehalten, der Einlabung Folge zu leisten. In schwierigen Fällen können Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände zu den Beratungen der Schlichtungskommission hinzugezogen werden.

Alle Beschwerden über Verstöße gegen den Vertrag sowie alle Streitigkeiten der im § gedachten Art, insbesondere solcher, die zu einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung führen könnten, sind an die Obmänner der Schlichtungskommission zu melden. Die Obmänner haben die Pflicht, gemeinschaftlich jeden Streitfall unverzüglich zu prüfen und wenn möglich direkt zu erledigen. Gelingt ihnen die Schlichtung des Streites nicht, so muß die Kommission zusammenzutreten und innerhalb acht Tagen eine dem Sinne des Vertrages entsprechende Entscheidung fällen, wozu im Bedarfsfälle ein unparteiischer Vorsitzender heranzuzuziehen ist. Bis zur Entscheidung der Schlichtungskommission sind die Streitentscheidungen der Obmänner für beide Teile bindend.

Die Schlichtungskommission ist verpflichtet, die streitenden Parteien zur Sitzung zu laden. Ueber jede Kommissionsitzung ist ein Protokoll zu führen, das jeden Streitpunkt und die Stellung der streitenden Parteien genau bezeichnen und die dazu gefällte Entscheidung der Schlichtungskommission enthalten muß. Das Protokoll muß durch Unterschrift von beiden Seiten beglaubigt werden.

Den Entscheidungen der Schlichtungskommission hat die unterlegene Partei sich zu fügen. In wichtigen Streitfällen ist die Berufung an die Zentralvorstände zulässig, jedoch nur, wenn einer

der örtlichen Verbände die Berufung erhebt. Die Berufung muß innerhalb acht Tagen nach der Entscheidung der Schlichtungskommission mit entsprechender Begründung und einer Abschrift des beiderseitig unterschriebenen Protokolls über die gepflogenen Verhandlungen bei den Zentralvorständen eingegangen sein und von diesen alsdann in zwei Wochen entschieden werden.

Entscheidungen über Streitpunkte, welche für die Auslegung des Vertrages, namentlich hinsichtlich der Konsequenz für andere Vertragsorte, von grundsätzlicher Bedeutung sind, können auch ohne Antrag einer Nachprüfung durch die Zentralvorstände unterzogen werden mit der Maßgabe, daß die alsdann von den Zentralvorständen getroffene Entscheidung für die zukünftigen Entscheidungen der Schlichtungskommission bindend ist.

Arbeitseinstellungen und Aussperrungen dürfen vor der Entscheidung der zuständigen Instanzen, welche in schwierigen Fällen die vorstehend genannten Fristen verlängern können, nicht stattfinden. Für die Durchführung der Entscheidungen der Schlichtungskommission resp. der Zentralvorstände haben die beiderseitigen Organisationen Sorge zu tragen.

Aus dem Wortlaut dieser Bestimmungen geht hervor, daß jede am Tarifvertrag beteiligte Organisation auch in den Tarifinstanzen vertreten sein muß. Unter „Vertragspartei“ ist jede Organisation zu verstehen, die gemeinsam mit anderen den Vertrag unterzeichnet hat.

Außer den Bestimmungen über die Schlichtungskommissionen haben die Zentralvorstände noch folgende Beschlüsse gefaßt, die selbstverständlich nur für jene Städte Gültigkeit haben, wo man sich über eine andere Regelung der Dinge nicht einig werden konnte:

„Zivilrechtliche Ansprüche an die beiderseitigen Verbände oder deren Organe aus diesem Vertrage dürfen ohne vorherige Genehmigung der beiderseitigen Zentralvorstände nicht erhoben werden.“

„Arbeitern, welche in anderen Werkstätten des Vertragsgebietes den vertraglichen Durchschnittslohn oder mehr verdient haben, ist auch beim Eintritt in eine neue Werkstätte ein ihren früheren Leistungen entsprechender Lohn zu zahlen, wobei der in der neuen Werkstätte für gleichwertige Arbeiter übliche Durchschnittslohn zugrunde zu legen ist. In Streitfällen kann die Schlichtungskommission zur Entscheidung angerufen werden.“

Dort, wo der Satz fruchtlos war, die beiderseitige Verpflichtung auf Festhaltung der Akkorde gilt mit dem Ablauf des Vertrages als erloschen, soll er aus dem Vertrag fortgelassen werden.“

Die Verhandlungen der Zentralvorstände wurden am Donnerstag, den 13. März vertagt. In der laufenden Woche sollen sie wieder einsetzen. Außer einer Reihe von Fragen, die nur ein örtliches Interesse haben, soll dann auch über das Musterregulativ für paritätische Arbeitsnachweise beraten werden.

Von der Arbeitsteilung.

Arbeit im volkswirtschaftlichen Sinne ist die auf Erwerb gerichtete Betätigung der geistigen oder körperlichen Kraft des Menschen. Das besondere Kennzeichen der Arbeit ist also die auf einen Erwerb gerichtete Tätigkeit (ob ein wirtschaftlicher Erfolg auch wirklich eintritt, ist nicht nötig, die Absicht hierzu genügt). Daraus geht hervor, daß Sport, Spiele, Wanderungen, körperliche und geistige Aufregungen, die der Erholung oder Liebhaberei dienen, keine Arbeiten im wirtschaftlichen Sinne sind. Der Berufskämpfer, der Berufsschachspieler, der Berufsschauspieler, sie alle arbeiten. Wer aber nach des Tages Last und Mühe im Aktientraub zu seinem Vergnügen ringt, Schach spielt, ein Theaterstück auführt, der muß sich zwar anstrengen, aber er arbeitet nicht. Mit der Arbeit ist, wie wir wissen, immer eine gewisse Anstrengung verbunden, jedoch sie ist nicht das Kennzeichen der Arbeit. Allein der Zweck (in unserem Falle der Erwerb) macht die Anstrengung zur Arbeit. Der Ringkämpfer, Schachspieler, Schauspieler, der im Freundeskreise ohne Absicht auf Erwerb auftritt, arbeitet nicht. Ebenso der Briefträger, der seine Wegestrecke (Pflichttour) an einem freien Tage zum Vergnügen macht. Der Landwirt, der am Sonntag ins Feld geht, um nachzusehen, ob das Getreide reif ist, arbeitet. Ebenso arbeitet der Kaufmann, der Hauswerker, wenn er am Sonntag solche Briefe an seine Kunden schreibt, die für den Geschäftsverkehr erforderlich sind.

So faßt also der Volkswirt die Arbeit anders auf, als der Sittenrichter (Moralist), der Geistliche (im Sinne seiner Religion) und der Richter (der nach den geltenden Gesetzen Recht zu sprechen hat). Mit dieser seiner Auffassung will er sich aber nicht im geringsten in sittliche, religiöse oder rechtliche Fragen einmischen. Allerdings, von welchem Alter an jugendliche beschäftigt werden sollen, wie lange die Arbeitszeiten dauern sollen, u. a., das interessiert ihn lebhaft. Derartige Fragen gehören in sein Gebiet.

Wenn man Arbeit teilen will, muß man zuerst wissen, was man unter Arbeit versteht. Vollständig belanglos ist es, wenn Sport- und Spielleute ihr Ziel mit den einfachsten Mitteln und auf dem kürz-

sten Wege zu erreichen suchen. Die Sache ändert sich aber, wenn es sich um wirtschaftliche Arbeit handelt. Dann ist es für den Volkswirt vom größten Interesse, ob (nach dem ökonomischen Prinzip oder dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit gewirtschaftet wird oder nicht) in einem bestimmten Falle wirtschaftlich gehandelt wird, oder nicht: Ob der Erfolg mit dem denkbar geringsten Aufwand herbeigeführt wurde oder nicht.

Die Arbeitsteilung ist, wie wir noch genauer nachweisen werden, ein Mittel, dem ökonomischen Prinzip zum Siege zu verhelfen. In der nationalökonomischen Literatur nimmt die Lehre von der Arbeitsteilung einen großen Raum ein. Alle bedeutenden Männer haben sich mit ihr beschäftigt. Man hat bisher von beruflicher und technischer Arbeitsteilung gesprochen. Unter beruflicher Arbeitsteilung versteht man die Teilung wirtschaftlicher Arbeit, soweit sie zur Ablösung eines Handwerks beispielsweise des einen von einem anderen führt, oder zur Entstehung neuer Erwerbszweige beiträgt. Von technischer Arbeitsteilung ist die Rede, wenn die zur Herstellung eines Produktes nötigen Einrichtungen in einzelne Handreichungen zerlegt werden.

Schon Adam Smith (1723—1790) weiß uns in dem ersten Kapitel seiner Schrift über den Wohlstand zu berichten, daß die Ertragskraft der Arbeit durch die Arbeitsteilung wesentlich gesteigert würde. Die größere Geschicklichkeit, Fertigkeit und Einsicht scheint aus der Arbeitsteilung hervorzugehen. An dem berühmten gewordenen Beispiel der Stecknadelherstellung zeigt er, wieviel mehr geleistet werden kann, wenn die 18 Handlungen, die zur Herstellung einer Stecknadel nötig sind, nicht von einem, sondern von 10 oder besser von 18 Arbeitern vollzogen werden. Was bei Smith, dem Begründer eines geordneten Systems der Nationalökonomie, Arbeitsteilung ist, das nennt Prof. Bücher Produktions- und Berufsspaltung. Bücher versteht unter Produktions- und Berufsspaltung die Teilung eines ganzen Produktionsprozesses in mehrere wirtschaftliche, selbständige Abschnitte (z. B. Wolltuch wird in mehreren Produktionsabschnitten hergestellt); unter Arbeitserlegung: die Auflösung eines Produktionsabschnittes, in einfache, für sich nicht selbständige Elemente. Wenn man die Herstellung der Stecknadel in 18 Handlungen zerlegt, so ist dies bei Adam Smith Arbeitsteilung, bei Bücher Arbeitserlegung. Wo sich ein Handwerk in mehrere spaltet (der Nagelschmied sondert sich vom Schmied), da spricht Bücher von Spezialisierung oder Berufsspaltung.

Bücher unterscheidet: 1. Arbeitsvereinigung, 2. Arbeitsgemeinschaft (gesellige Arbeit, Arbeitskauf, Arbeitsverbindung), 3. Arbeitsteilung (Berufsbildung, Spezialisierung, Produktionsverteilung, Arbeitserlegung, Arbeitsverschiebung). Im allgemeinen versteht man unter Arbeitsvereinigung die Zusammenfassung der Arbeitsausübungen der Teilarbeiter durch den Betrieb oder das Unternehmen. Bücher dagegen versteht unter Arbeitsvereinigung die Tatsache, daß sich ein Arbeiter, um seine Arbeitskraft voll auszunützen, eine Nebenbeschäftigung oder einen Nebenberuf zulegt und ihr jetzt er als Arbeitsgemeinschaft das Zusammenarbeiten mehrerer Arbeiter zu einem einheitlichen Zweck gegenüber, wobei jeder Arbeiter dieselbe Arbeit leistet.

In einer äußerst interessanten Weise nimmt D. Heiß in dem eben erschienenen Schmollerischen Jahrbuch Stellung zur Frage der Arbeitsteilung und der damit im Verbindung stehenden Verwendung minderwertiger Arbeitskräfte in den Großbetrieben. Er führt aus, man solle der betriebstechnischen Arbeitsteilung (allgemein so genannt), die Bücher Arbeitserlegung nennt, die volkswirtschaftliche oder gesellschaftliche Arbeitsteilung gegenüberstellen. Als gesellschaftliche Arbeitsteilung (sie bringt neue Berufsklassen hervor) solle die Berufsbildung angesehen werden, während Produktions- und Berufsspaltung und Arbeitserlegung Marken der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung darstellen (sie soll einen wirtschaftlichen Zweck mit dem geringsten Kraftaufwand erreichen). Dazu käme die von Bücher übersehene geographische Arbeitsteilung, von der wir dann sprechen, wenn sich an einem oder mehreren Orten die Industrie eines ganzen Landes oder eine zusammengehörige Gruppe von Industrien konzentriert, oder aber, wenn mehrere Länder ihr Produkte miteinander austauschen. Hier wird die Produktion oder der Bedarf eines Volkes oder gar der ganzen Welt wirtschaftlich geteilt.

Für das heutige Wirtschaftsleben reiche die Arbeitsteilung als Mittel der Betriebstechnik, als volks-

wirtschaftliche, gesellschaftliche und geographische Arbeitsteilung vollkommen aus. Mit Wücher stimmt der Verfasser aber darin überein: So haben wir „das Kapital als die organbildende Kraft in der Volkswirtschaft anzuerkennen und die Arbeitsteilung als ihr Mittel“.

Allenthalben weiß man heute, daß die Arbeitsteilung produktionssteigernd wirkt: aber als organisatorisches Mittel des Kapitals oder des Kapitalismus hat die Arbeitsteilung noch andere Wirkungen. In der vorhandenen Literatur werden diese aber nicht oder nur ungenügend gewürdigt. Die Feiß ausführt, ist sie im Übergangszustand der Manufaktur das Wichtigste und auch heute noch eines der wichtigsten Mittel, um den Lohnarbeiter in dauernde Abhängigkeit zu zwingen. Auch Wücher weist gelegentlich auf die vom Verfasser unserer Abhandlung besonders betonte Tatsache hin: die Arbeitsteilung bedingt eine dauernd abhängige Arbeiterkraft. Sie gibt der kapitalistischen Produktionsweise erst den rechten Aufschwung, und sie verriecht auf den Gebieten, denen sie zugänglich ist, vielfach wieder, was vorher Berufs- bildung und Spezialisierung geschaffen hatten: Die Selbständigkeit der kleineren wirtschaftlichen Existenzen.

An einigen Beispielen ist dann nachgewiesen, daß und wie sich die Verrichtung der kleineren wirtschaftlichen Existenzen vollzieht. Nämlich durch Aussperrung vom Markt, der Verleger oder Unternehmer verdrängt den Unkundigen vom Markt, und zwingt ihn so in ein Abhängigkeitsverhältnis zu ihm. So wird die Arbeitsleistung die Ursache von sozialen Herrschaftsverhältnissen. Schmoller jagt mit Recht, sie (die Arbeitsteilung) sei ein Schlachtfeld, auf dem der Kampf um die Herrschaft und der Irrtum ihre Spuren hinterlassen.

Dafür, daß es der Ausschluß vom Markt ist, der z. B. die Heimarbeit in eine so abhängige und ungünstige Lage bringt, weiß der Autor ein treffendes Beispiel: Von einer Familie verdiente jede Person 50 Pfg. pro Stunde, das Gehalt der meisten übrigen. Man beachte aber: Die Familie hat einen eigenen Verkaufstand. Zwischenhändler sind ausgeschlossen. Zwei erwachsene Töchter verkaufen am Weihnachtsverkaufsstand.

Durch die betriebsmäßige Arbeitsteilung werden die Heimarbeiter vollständig vom Markte ausgeschlossen. Ein Augenanscheinender, ein Drücker, eine Fuppenfrisierin, sie alle können die Teilprodukte ihrer Arbeit unmöglich auf den Markt bringen. Sie alle sind dem Fabrikanten, d. h. Verleger und feineren Zwischenmeister (dem Hosieler) mit Haut und Haaren verkauft. Nur dieser stellt ein marktfähiges Produkt her und rückt daher häufiger in die Reihen der Verleger auf, wo er aber meist wegen ungenügenden Kapitals das Gewerbe noch mehr herunterbringt, als wie es bereits schon ist.

Schmoller führt die Scheidung von Unternehmer und Arbeiter auf die Arbeitsteilung zurück. „Durch sie kommen alle Glieder einer Gesellschaft in immer größere Abhängigkeit von einander; die Vergesellschaftung wächst; oft wachsen auch die Konflikte und Reibungen, aber zuletzt müssen Lösungen gefunden werden, die richtigen Verbindungen hergestellt werden“. Ihm ist die Arbeitsteilung das große Instrument des Kulturfortschrittes, des größeren Wohlstandes, der größeren und besseren Arbeitsleistung. „Die Gewöhnung des Geistes und der Aufmerksamkeit, der Nerven und Muskeln an bestimmte Funktionen erzeugt eine leichtere Auslösung der betreffenden Tätigkeit; sie geschieht zuletzt automatisch, läßt die getätigte bisher auf die verwendete Kraft zur Verfolgung weiterer damit im Zusammenhang stehender Arbeitszwecke frei. Die steigende Geschicklichkeit arbeitstätiger Menschen beruht wesentlich auf der Möglichkeit, bei derselben Arbeit eine Reihe von Gesichtspunkten zu verfolgen.“ Und Wücher belehrt uns, daß die weitgetriebene Arbeitsteilung eine gleichartige Massenproduktion, die Uniformierung des Bedarfs voraussetze. „Durch die Vervollkommnung der Maschinen wird die Arbeit vereinfacht und diese Tatsache ist es, die eine Bewertung minderwertiger Arbeitskräfte ermöglicht.“ (Schluß folgt.)

Zur wirtschaftlichen Lage.

Die in ihrem Handelsteil sonst vorzüglich redigierete Kölnische Volkszeitung bringt in ihrer Nummer 208 vom 9. März eine Uebersicht über die wirtschaftliche Lage, aus der ein klarer pessimistischer Ton herausklingt. Die politische Lage hatre noch immer der Klärung, von einer Besserung derselben könne noch gar nicht geredet werden. Die Abrüstung in Rußland und Oesterreich sei noch nicht um ein Jota weiter gekommen, trotz aller gegenteiligen Meldungen. Weit größere Schwierigkeiten als durch die politische Lage erwachsen dem Wirtschaftsleben aber vom Geldmarkte her. Dem das Wohl und Wehe unserer Volkswirtschaft am Herzen liege, der müsse sagen: So kann und darf es nicht weiter gehen! Das Bedauerliche sei nun aber, daß sich die Verschärfung des Geldmarktes noch verschärfen werde. Der Berliner Platzwechselzinsfuß hat bereits die Höhe des Wechselzinsfußes der Reichsbank — 6 Prozent — erreicht. Die Verwaltung der Reichsbank werde so nicht lange mehr mit der Heraushebung dieses Zinsfußes zögern können, da große Einzahlungen auf heimische Staats- und Stadtanleihen gemacht würden und der Vierteiljahrswechsel mit seinen Verbindlichkeiten in Sicht sei. Weitere inländische Anleihen ständen in Aussicht und im Auslande sehe es kaum anders aus. Japan braucht z. B. 600 Millionen Mark, seine Hauptstadt Tokio 30 Millionen Mark, Korea will 400 Millionen Mark geliehen haben. In all diesen Fällen muß natürlich das Ausland herhalten. Die Rückwirkungen dieser Anleihen auf dem Geldmarkte Westeuropas können natürlich nur sehr unvorteilhaft sein.

Mendener Werktagmorgen.

(Stimme von Maria Regina Jülicher.)

Schneidert laut legt der Wind am Rathaus her. Der Frühlingshauch trägt fröhlich von einem Fuß auf den andern. Man sieht von ihm bloß eine rotte Nase und blaugefärbene Hände, die Schweiß und Bildung in Zeitungspapier packen. Ein kräftiger kleiner Bierkäufer wühlt mit der Schnauze lachend in den Ähren.

Was, weigern siehst in den Finstern. Minutengleiches. Aus den Dächern hängen wunderliche Gesichter. Regengrade liegt der Schornstein über den Dächern zur Höhe. Das Auge folgt eine Weile, bis er sich in der klaren klaren Luft verliert. Auf den Höhen liegt weißschimmernder Schnee von Sommer. Die Sonne steht zwischen feinem Glitzer und den dunklen Tannen einen malerischen Kontrast. Auf den jenseitigen Höhen Rauchschwäbel. Wenn die im Sommerabend stehen, überhaken sie ganz die hellen Ramen der kleinen Kapelle auf dem Berge kränzen.

Langgezogene Glockenläute schwingen von mittelalterlichen Pfarrkirchen über das Städtchen. Einem, den sie ansprechen, sah schon und leben schon, begleiten sie langsam auf seinem letzten Weg.

Recht, Arbeitszeit, und doch so viele Menschen auf der Straße. Gruppen von Arbeitern jammern sich zum Streikappell. Jene schließt von den Tritten. Letzte Augenblicke und die Hauptstraße ist leer. Ein paar kleine Bengel schlendern über grünen Rasenflächen. Jubelnd, lachend. Mit hellem Ruf, wenn ein besonders hübscher Knopf gelangt. Mädchen, kleine Dinger, machen jagend nach. Ein Knabe steht ein schätzbarer Dreißiger, in einem Anzug, in den er jedenfalls noch hineinwachsen soll. Sein verführerisches Mädchen ist zum Weinen verurteilt und die beiden Tanten laufen ihm aus Augen und Stiefeln. ...

Damen in Gesellschaft ist Streikappell. Laut nach hier. Die Augen hochgehoben. Die Hände in den Taschen vergraben. Sie sind in jedem eine Raucherin. Eine von den letzten. Einige haben den Reiz fast zu bekommen. Man unterhält sich in Gruppen. Der Leiter des Streikappells, polichl Verbandsleiter der Ortsgruppe, ist noch nicht erschienen.

Er hat das Geld, das die Zentrale in Duisburg wöchentlich schickt, er hat mit ein paar Arbeiter, morgen sind übermorgen ist ständiger Streikappell der Streikunterstützung!

Am 24. Mai wird sie jetzt schon angekündigt. Wie ist es nur eigentlich gekommen? Frage ich eines, dessen reichste Gesellschaft das Reich des Reiches repräsentiert. Er nimmt die Pfeife aus dem hübschen Mund und sagt die Pfeife.

Wie es gekommen ist — nichtschon er schließt. Gehrig kann immer ein Lohnarbeiter sein. Es ist alles so teuer geworden. 25 Pfg. pro Tag mehr für den, der unter 3,00 Mk. verdient, und 10 Pfg. mehr für den Verdienst unter 5 Mk. ... Er schneidet herüber an seiner Pfeife. Der Tabak hat sie gemacht, er, sie, sie nicht herbei, die betriebligen Arbeiter: jeder aller langjährigen Arbeiter überhaupt angeht! In seinem Mund liegt eine glühende. Und so werden die 20 Mann lachend. ...

„Und was tut die Firma?“ fällt ein anderer ein, „am selben Tag sperrt sie uns andere auch aus, im ganzen 400 Mann!“ „Ein paar Tag“ später legt der Arbeitgeberverband sämtliche Arbeiter raus auf die Straße!“ fährt der junge Heißsporn von vorhin fort, „da feierten 3000 Arbeiter. Nachher hat er sich aber überlegt, daß nur die „Christlichorganisierten“ auszusperren sind!“

Der Erste fällt mit seiner schwerblütigen Art wieder ein: „So lange, bis wir unterschreiben, daß wir nicht mehr zum christlichen Metallarbeiterverband gehören wollen... aber da müssen sie noch länger warten!“

Ein blauer Arbeiter redt sich auf: „Von Lohnhöhung ist natürlich gar keine Rede. Ich bin jetzt 23 Jahre bei meiner Firma und der Vater schon 33 Jahre! Ist das recht, so mit uns zu verfahren...?“

„Wir streiken ewig!“ sagt einer mit einem Anflug von Humor in seinem westfälischen Dialekt, „gestern hat der Fabrikant durch den Fall der mit zwei Kollegen sagen lassen, wir könnten nichtkommen. Jammer, haben wir geantwortet, habt Ihr uns erst mit den andern hinausgemorren, so kommen wir auch bloß mit den andern wieder rein!“ Wie ein Gelächter geht sein Blick in die Runde.

„Was man“, wütht sich ein anderer ein, dem Sorge und harte Arbeit freigelegt können ins Gedächtnis gegraben, er ist kein Kleinigkeit! Was Küber sind ja Haus. 112 Mk. hab ich im Monat Verdienst. Und Tag für Tag an der Maschine und kein Ausfluß auf Besserwerden! Wenn ich den Fabrikanten nur ein Tag in meine Stelle setzen könnt! ... Wir wollen ja kein Klagen — nur unser Recht! Wenn wir nicht zusammenhielten — ja, dann wären wir ja ganz ohnmächtig gegen die Willkür des Kapitals!“

Die Umstehenden nickten stumm. Ein großer Knacker fährt fort: „Mein Frau fragt jähden Tag, wann' er am Ende ist. Ich jage, immer Di doa nit um, immer Di am Deinen Rudel! wenn er mir noa de Fabrik gehen kann, bis Dou de Reife, darf' weiter jell!“

Einige lachen mit dem humorvollen Kollegen. Andere schauen bleich, als ob sie mit ihrer Frau nicht immer so einfach fertig würden.

Eine Bewegung geht durch den Saal. Der Leiter des Streikappells ist angelangt. Erwartungsvolle Stille. Er meldet, daß in D. fünf Arbeiter zu sofortigen Eintritt bei gutem Lohn gesucht werden. Einige werden sich, hemmlos mit ihrem Bogen und hoch froh um Arbeit. Die hoheländische Arbeiterkraft Mendens, die durchweg langjährige heißt, ist nicht, wie die Kollegschaft der großen Jahrgangskräfte, an Gut und Gewandtem gewöhnt. Ein junger Arbeiter zieht zögernd seine Anmeldung wieder zurück. Man versteht es nicht. Ob nicht der Gedanke an ein weinendes Mädel hintersteht? ...

Der gewöhnliche Geist hat wieder Gehörte gegen die Desorganisation erfahren. Aber der Bestate ist jäh. Was er einmal für gut gefunden, daran hält er fest. Das äußert sich auch jetzt in der Diskussion. Jeder kann und soll sagen, was ihn bewegt. Das er von der organisierten Lage hält. Heber werden und abgemittelt. Nicht mit gemeinschaftlich und lauterstschuldig können.

Welche Wirkungen die Teuerung des Geldes auf das Wirtschaftsleben ausübt, zeigt auch der ganz außergewöhnliche Rückgang der gewerblichen Unternehmungslust im Monat Februar d. J. Für neue Gründungen und Erhöhung des Grundkapitals sind im Monat Februar der letzten sieben Jahre folgende Summen in Millionen Mark aufgewandt worden:

Table with 8 columns: Year (1907-1913), and rows for new foundations, increase of capital, and sum of investments.

So scharfe Verringerung der Unternehmungslust, wie im vergangenen Monat, ist also in früheren Jahren noch nicht dagewesen. Ohne Zweifel haben zu dieser Entwicklung auch noch andere Umstände, als die Geldnot, beigetragen. Namentlich sind in weiteren Kreisen Sorgen wegen der Gestaltung der Marktlage aufgetaucht, die bei der Fortdauer der internationalen Unsicherheit und der dadurch veranlaßten Zurückhaltung der Verbraucher immerhin verständlich sind.

Ueber die Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten am Geldmarkte gehen die Meinungen weit auseinander. Neben Teuerung am Warenmarkt, Steigerung des Geldbedarfs in Handel und Gewerbe, starke Finanzsperre des Geldmarktes durch Staats- und Gemeindegeldleihen dürfte aber auch der wachsende Aufwand der Geldleute und der damit zusammenhängende Rückgang der Kapitalbildung zur Verschärfung der Lage beitragen. Vor kurzem hat das Strafverfahren gegen die Inhaber der Berliner Bankfirma Kwiets und Ganz deutlich gezeigt, wie stark die Liquiditätsbedürfnisse gewisser Kreise gestiegen sind. Andererseits ist gerade aus diesem Grunde zu erwarten, daß der nächste Krisensturm eine Unmenge morscher „Erzinsen“ hinwegfegen wird, die bisher im Sonnenschein des wirtschaftlichen Aufschwunges ein üppiges Dasein führten.

Mit Recht fragen nun jetzt die Erwerbsstände: Wie wird das Frühjahrsgeschäft werden? Man kann nicht behaupten, daß der Warenhandel im Winter 1912/13 sonderlich gut abgeschnitten habe. Die Geschäftswelt setzt aber auch auf das kommende Frühjahr keine großen Hoffnungen. Die Kaufkraft des Publikums ist wesentlich zurückgegangen. Die Kaufkraft nicht nur der Arbeiterbevölkerung, sondern auch weiter Schichten des Mittelstandes ist durch die fortwährende Teuerung der Lebensmittel so empfindlich geschwächt worden, daß eben an anderer Stelle gepart werden muß, wenn das Einkommen die Kosten der Lebenshaltung decken soll. Versäumend wirkt auch die Aussicht auf neue Steuern; das geplante „einmalige Opfer“ nötigt auch die bessergestellte Bevölkerung, schon jetzt aus den laufenden Einnahmen gewisse Beträge zurückzustellen und die Ausgaben etwas einzuschränken, um im gegebenen Falle zur Zahlung der „Kriegsteuer“ instande zu sein. Denn etwaige Veräußerungen festgelegter Vermögenswerte — Wertpapiere, Hypotheken, Grundbesitz usw. — würde bei den heutigen Verhältnissen des Geldmarktes zweifellos mit Verlust verbunden sein. Außerdem haben wohlhabendere Kreise in den letzten Monaten wesentliche Einbußen erlitten. Die Abwärtsbewegung der Börsenpreise, gewisse Abschwächung

Hochachtung vor der Selbstdisziplin in dem einfachen Mann! Hochachtung vor der Disziplin in der nach Hunderten zählenden Masse, in der es während einer beinahe 6 Monate dauernden Aussperrung zu keinerlei Ausschreitungen kam!

Drei Mann sind wieder in den Betrieb gegangen. Mit „Pfui!“ wird konstatiert. Am selben Tag noch wurden sie wieder entlassen. Die Streikunterstützung fiel nun auch weg. So frugen sie um Arbeit bei einem Fabrikanten an, der nicht dem Arbeitgeberverband angehört. Und wie lautet der Bescheid?

„Hier ist kein Platz für solche, die ihren Kollegen in den Rücken fallen! Wer das tut, der ist auch fähig, seinen Arbeitgeber zu hintergehen und zu betrügen!“

Ein hundertfaches „Bravo!“ hallt durch den weiten Raum, in dem der warme Atem sich zu Rauchsäulen verdichtet. Die hohen Fenster sind mit Eisblumen bemalt. In den grauen Vorhängen hängt der Geruch von abgestandenem Bier und kaltem gewordenem Zigarettenrauch.

Die Massen sitzen da. Ernsthaft, aufrecht, besonnen. Wie es die Stunde heißt. Unbekümmert um den kleinlichen Krieg, Kleinlich ist er. Er geht bis zum Kirchenvorstande; als es sich dort um Steuererhebung für die Ausgesperrten handelte, legten Fabrikanten ihr Veto ein.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und dem erneuten Gelöbnis festen, treuen Zusammenstehens wird der Streikappell geschlossen. Vorn am Ausgang stampelt man die Karten ab. Zur Kontrolle für die Streikunterstützung.

Draußen scheint die Sonne. Wärmend und wie erlösend nach dem Aufenthalt in dem kalten Saal. Eine der Arbeiterfrauen, deren man in Mendens draußen nur bei Garten- oder Feldarbeit ansichtig wird, steht an der Ecke. In ihren hellen Augen steht die Frage: „Wirbs nun anders?“ Der Mann verneint, und über ihr schmales verjagtes Gesicht steht ein Schalten.

„Loat man“, sagt sie tapfer, „Woi hoalt schon noch out. Streikbrecher darffs Dou nich wärn! Ist un die Rinner hoalt lau Düt!“ Aber es juckt doch weh um ihren Mund.

Die Menge zerstreut sich in ruhigem Gespräch nach allen Seiten. Die helle Klingel eines Nachahres schellt dazwischen. Die kleinen Buben schlittern noch immer. Zweie haben sich brüderlich in ein paar rothiger Schlittschuhe geteilt. Der eine Blondkopf läuft auf dem linken, der andere auf dem rechten Bein. Balance halten sie mit den Armen.

Aus der Seitenstraße klingt plötzlich ein Kommando und dann setzt Blasmusik ein. Thüringer Musikanten. Dahinter, zwei und zwei marschierend, die neuausgehobenen jungen Rekruten. Lachend, froh, den Himmel voller Weizen, Blumen am Gut und flatternde bunte Bänder hinterher.

Im Takt stampfen die Schritte über die hartgefrorene Fahrbahn. Fröhlich und hell klingt die Marschweise dazu. Bei Refreem setzen sie ein:

„Wir halten fest und treu zusammen! Hipp, hipp, hurra — —!“ „Morgen Sonnenschein und Jugend — — —.“ „Wir halten fest und treu zusammen!“ „Reinige, christliche Art, wie die Alten.“ „Best! Die Gott so, Bestfaltenland!“

des Geschäfts in der gewerblichen Warenherstellung und die ungünstige Lage des städtischen Wohnungsmarktes, die manchen Hausbesitzer in eine schwierige Lage gebracht hat, trugen zur Verminderung des Einkommens der geldkräftigen Schichten der Bevölkerung wesentlich bei. Auch die Festbesoldeten haben manche Verluste, ihre Ausgaben auch weiterhin nach Möglichkeit zu beschränken. Insbesondere befindet sich ein erheblicher Teil der Privatangestellten, denen durch die jüngste Erweiterung der Versicherungs-Gesetzgebung wieder neue Lasten auferlegt wurden, in einer wenig beneidenswerten Lage.

Ausschlaggebend für die Gestaltung des Verbrauchs von Waren ist aber immer die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft. Fast durchweg haben sich die Lohnverhältnisse nicht mehr oder nur noch wenig gebessert, während die Preise der Lebensmittel, Steuern usw., weiter kräftig gestiegen sind. Der Arbeitsmarkt bekundet Anzeichen einer Ueberlastung durch das Steigen der Arbeitslosenziffern. Im Baugewerbe setzt die Tätigkeit dazu nur flau ein. Was aber Darniederliegen der Bautätigkeit für die übrige Geschäftswelt bedeutet, das hat sich im vergangenen Jahr gezeigt.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. März fällig ist.

Die nachbenannten Zahlstellen erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages: Hamburg 50 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 1 Mk.); Eberfeld-Barmen: 25 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 75 Pfg.); Paderborn 20 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 70 Pfg.); Kamburg (weibliche Mitglieder) 5 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 50 Pfg.).

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 78705, Johann Ganusch; Nr. 87809, Adam Hermann. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Vierteljahrsabrechnung. Im Laufe der Woche werden die Abrechnungsordrude vom ersten Vierteljahr versandt. Wo dieselben etwa nicht antommen, wolle man sich melden.

Verleßlichspende. Die Zahlstellen, die über die Verleßlichmarken noch nicht abgerechnet haben, wolle den Verkauf beschleunigen und baldigst abrechnen.

Auszahlung der Reiseunterstützung. Zu den in der vorigen Nummer angezogenen Fällen, betreffend die Reiseunterstützung, schreiben uns einige Reiseunterstützungszahler, daß die beiden bezeichneten Mitglieder die Reiseunterstützung in ihrer Abwesenheit bei den Frauen erhoben hätten. Durch dreifaches Aufreten seien die Frauen eingeschüchtern und zum Zahlen der Höchstbeträge und Nichtentragen ins Mitgliedsbuch veranlaßt worden. Die Unterstützungszahler werden gebeten, durch die Frauen keine Unterstützung auszahlen zu lassen. Die reisenden Kollegen müssen es stets so einrichten, daß sie zu der im Adressenverzeichnis angegebenen Zeit, in der Regel abends, ihre Unterstützung erheben. Dann ist jedem Mißbrauch vorgebeugt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralkasse jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten

Fabrikstreiker: Menden i. W. (Metallwarenfabriken).
Schreiner: Reheim (Schopp) Zoppot.
Tapezierer: Nürnberg-Fürth, Köln, Essen, Breslau.

Der Tapeziererstreik zu Köln war am Dienstag, den 11. März Gegenstand der Verhandlungen des gewerbegerichtlichen Einigungsamts. Der Vermittlung des Einigungsamts gelang es, die Parteien wesentlich näher zu bringen. Es bestehen nur noch zwei Differenzpunkte. Der eine betrifft die Höhe des Durchschnittslohnes. Die Kollegen verlangten eine Steigerung bis auf 66 Pfg. Die Arbeitgeber boten 65 Pfg. an. Weiter blieb als Streitpunkt offen der Zeitpunkt des regelmäßigen Arbeitschlusses. Die Kollegen wünschten einen allgemeinen Arbeitschluss um 6 Uhr. Wo Ausnahmen angebracht, sollte die Schlichtungskommission solche für zulässig erklären. Der Vorsitzende des Einigungsamts machte den Vorschlag, den Arbeitschluss auf 1/7 Uhr festzusetzen, mit der Bestimmung, daß dort, wo bisher früher Feierabend gemacht worden sei, der frühere Arbeitschluss bestehen bleiben solle. Die Meister bestanden auf dem Standpunkte, daß der Arbeitschluss allein der Bestimmung des Arbeitgebers unterliegen müsse. Als Einschränkung sollte festgelegt werden, daß in keinem Falle die Arbeitszeit über 7 Uhr hinausgehen dürfe. Eine Einigung war in diesen beiden Punkten nicht zu erzielen, da die Arbeitgeber erklärten, ohne vorherige Zustimmung ihrer Versammlung weitergehende Zugeständnisse nicht machen zu können. Die Einigungsverhandlungen wurden so auf Dienstag, den 18. März vertagt.

Der Streit der Kaffierer und Dekorateur in Effen dauert unverändert fort. Einzelne Firmen so unter anderem auch das Warenhaus Althoff hatten den Vertrag bereits durch Unterschrift anerkannt. Die Firma Althoff wurde aber seitens des Schutzverbandes unter Androhung der Materialsperrungungen, die getroffenen Abmachungen für nichtig zu erklären. Infolgedessen haben die Kollegen die Arbeit auch in dem Betriebe wieder eingestellt. Die leitenden Arbeitgeberkreise werden sich inzwischen davon überzeugt haben, daß sie mit der Ablehnung des letzten Einigungsvorschlags einen Fehler gemacht und damit sich selber den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen haben. Man hat sicherlich auf der Gegenseite nicht mit der geschlossenen Sinnmütigkeit gerechnet, mit der die Kollegen die Ablehnung beantwortet haben. Mit allen Mitteln

versucht man jetzt Arbeitswillige heranzuziehen. Aber auch bei diesem löblichen Beginnen werden die Herren Arbeitgeber bald einsehen müssen, daß die für diesen Zweck aufgewendeten Mittel mit den Erfolgen schlecht in Einklang zu bringen sind. Bisher haben es die Streikenden noch sehr gut verstanden, ohne viel Aufhebens davon zu machen, die mühsam herbeigeschafften Arbeitswilligen wieder zum Einstellen der Arbeit zu veranlassen. Dabei verschlägt es auch nicht, daß von den Streikenden inzwischen einer abgefallen ist, der nun glaubt, mit seiner Kenntnis der Streikaktive dem Arbeitgeber besonders wichtige Neuigkeiten hinterbringen zu können. Aber auch hierbei werden die Arbeitgeber bald einsehen müssen, daß sie falsch beraten sind.

Berichte aus den Zahlstellen.

Elbing. Der Generalversammlung wohnte auch Bezirkssekretär Kollege Schopohl bei. Für 1913 besteht der Vorstand nach vollzogener Neuwahl aus den Kollegen Poblek, Vorsitzender; Dargel, Kassierer; Frischmuth, Schriftführer. Kollege Schopohl hielt einen Vortrag über die letzten Phasen des Gewerkschaftsstreites unter den deutschen Katholiken, welcher mit dem Essener Gewerkschaftstongress ein vorläufiges Ende gefunden hat. Dieser Wiß ist auch eine Hauptursache, daß die christlichen Gewerkschaften hier am Orte einen schweren Stand haben. Ein Teil der zu uns gehörenden Kollegen hält aus Trotz an den Fachabteilungen fest und wird hierin durch die stete Bekämpfung, die uns die „Berliner“ widmen, bestärkt, zumal sie keine andere als die „Berliner Presse“ lesen und sich so kein unparteiisches Urteil bilden können. Einem anderen Teil ist durch den Streit jede Mitarbeit verweigert und wird dadurch anderen Organisationen zugezogen. Durch die Spaltung der ermländischen Arbeitervereine und durch das energische Eintreten der „Ermländischen Zeitung“ und ihres Redakteurs Dr. Matern haben wir hier etwas Luft bekommen und es ist eine kräftige Entwicklung der christlichen Gewerkschaften hier im Ermland zu erwarten. Leider stehen hier am Orte die konfessionellen Vereine den christlichen Gewerkschaften gleichgültig gegenüber, trotzdem wir hier eine starke Sozialdemokratie haben, welche durch das Aufblühen der Industrie in steter Zunahme begriffen ist. Zu spät dürfte auch den leitenden Herrn die Erkenntnis kommen, daß ohne eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung an eine Ueberwindung der Sozialdemokratie nicht zu denken ist. Ober soll der neugegründete Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Notizen mit geistigen Knütteln tauschlagen? Bis jetzt ist nichts davon zu spüren wie die letzten Stadterordnungen wachsam gezeigt haben. Die Kollegen im Tischlergewerbe, wo ein Tarifvertrag besteht, sind bis auf den letzten Mann organisiert, während die Kollegen in den Fabriken nur zum geringen Teil den Gewerkschaften angehören und schwer für die Organisation und gar nicht für Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen sind. Trotz alledem werden unsere Kollegen auch hier in Elbing sich nicht niederringen lassen und die Fahne der christlichen Gewerkschaftsbewegung hier als letzter Posten aufrecht halten. Dies sei unser Voratz fürs neue Jahr.

Hilburgshausen. Hier versuchten „arbeiterfreundliche“ Arbeitgeber die „gelbe“ arbeiterschädliche Bewegung einzuführen. Der Plan war gut vorbereitet. Zur der in Aussicht genommenen Gründung dieses Klüngels zahlten die Interessenten „freiwillige“ Beiträge. Größere Vergünstigungen wurden in Aussicht gestellt. Durch diese Veranstaltungen sollten, wie ein Fabrikant äußerte, die schlummernden Intelligenzen geweckt werden. Der Sekretär der christlich-nationalen Gewerkschaften Wuischer, Ernst, wies auf die Gefahren solcher gelben Vergünstigungsvereine hin. Die Arbeiterfrage würde durch derartige Klüngels nicht gelöst. Nur eine gesunde Standesbewegung, eine vernünftige Arbeiterorganisation könne der Arbeiterschaft nützen. Für die Geschenke, Geldmittel und Wohlthaten der Arbeitgeber müsse die Arbeiterschaft in den gelben Vereinen auf ihr Koalitionsrecht verzichten. Aufrechte Männer, Charaktere erziehe man dadurch nicht, sondern Kriecher und Heuchler. Die Ausführungen fanden Beifall. In kurzer Zeit entstanden in Hilburgshausen drei Ortsgruppen der christl. Gewerkschaften, Eisenbahner, Krankenpfleger und Holzarbeiter, zusammen über 160 Mitglieder. Die Ortsgruppe des Holzarbeiterverbandes veranstaltete nun kürzlich eine Fabrikversammlung; die Arbeiterschaft hatte sich zahlreich eingefunden, auch Gegner waren erschienen. Von der Diskussion machten sie keinen Gebrauch. Die Mitgliedszahl erhöhte sich auf 22. Fünf hatten ihre Mitgliedsbücher zum Uebertritt abgegeben. Im Mittelpunkt des Abends stand der Vortrag des Kollegen Wuischer, Ernst, über das Thema: „Arbeitslohn, Arbeitszeit und die Behandlung der Arbeiterschaft.“ Der Referent führte etwa folgendes aus: Im Verlieben des einzelnen Arbeiters steht es nicht, seine Arbeitszeit selbst zu bestimmen. Das tut der Unternehmer, welcher den Arbeiter in seinen Betrieb einstellt. Er sagt zu den Arbeitenden einfach: ich zahle so und so viel Lohn, und die Arbeitszeit beträgt zehn, elf oder noch mehr Stunden. Nicht der Einzelne, sondern durch Geschlossenheit kann die Arbeiterschaft Einfluß auf die Arbeitsbedingungen ausüben, Tarife abschließen. Der christliche Holzarbeiterverband, wie überhaupt die gesamten christlichen Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß die Arbeitszeit und der Arbeitslohn der bestehenden Kulturperiode angepaßt werden müsse. Zwischen Kapital und Arbeit bestehen Gegensätze, aber auch Gemeinsamkeiten. Darum müssen sich beide Produktionsfaktoren die Hand reichen und in Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiters beide, Arbeitgeber und -nehmer, zusammen die Arbeitszeit bestimmen. Jeder Arbeiter muß so gestellt werden, daß er ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Die Worte fanden reiches Beifall. Bei den Vorstandswahlen wurde Kollege Johann Reiges als erster Vorsitzender gewählt, als Kassierer Leopold Böhm, Schriftführer Gustav Weinhardt und als Vertrauensmänner Kollege Gustav Opper und Paul Schobost. Am Schluß forderte Kollege Wuischer die Kollegen zur eifrigen Agitation auf, die vielen Unorganisierten in den anderen Betrieben ebenfalls zu gewinnen und dem Verbanne zuzuführen.

Selsenkirchen. Die ordentliche Generalversammlung war von den Kollegen zahlreich besucht. Den Jahreskassenbericht erstattete der Kassierer Kollege Strattmann in ausführlicher Weise. Er hob besonders hervor, daß die Unterstützungen gegen das vorige Jahr bedeutend gestiegen wären. Die gesamte Unterstützung, die hier den Kollegen ausbezahlt wurde, betrug 1257,55 Mark; davon aus der Ortskasse 231,50 Mark. Da die laufenden Ausgaben ebenfalls stiegen, konnte der Ortskassenbestand nicht wesentlich erhöht werden. Derselbe beträgt rund 2600 Mark. Der Kassierer betonte noch, daß wir unsere Ortskasse mehr stärken müssen. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende, er äußerte seine Befriedigung über den Versammlungserfolg. Es waren durchschnittlich 55 Kollegen anwesend, die den lehrreichen Vorträgen, die in den 26 Versammlungen stattfanden, aufmerksam zuhörten, um sich so weiter zu

schulen. Im Anfang des Jahres beanspruchte die Lohnbewegung das größte Interesse der Kollegen, weil wir hier noch nie einen Tarif ohne Kampf abgeschlossen hatten. Aber wider alles Erwarten verlief die Lohnbewegung friedlich und es wurden bedeutende Erfolge herausgeholt. Weiter interessierte die Kollegen auch der Verbandstag in Barmen, wo mit Befriedigung festzustellen werden konnte, daß unser Verband sich kräftig fortentwickelt hatte in Mitgliederbestand sowie auch in Kassenverhältnissen, sodaß wir allen Anforderungen gewachsen sind. Der Verbandstag bewilligte auch noch höhere Unterstützungen für die Kollegen, sodaß wir mehr Unterstützungen zahlen wie der sozialdemokratische Verband. Dieses alles muß uns aber auch ein Ansporn sein, immer eifriger die Werbearbeit zu betreiben, um dem Verband noch größeren Mitgliederzahlen zu verschaffen, damit allen Kollegen die Vorteile des Verbandes zugeführt werden können. In der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand mit Ausnahme von zwei Beisitzern, die die Wiederwahl ablehnten, einstimmig wiedergewählt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war wohl die Erhöhung des Ortsbeitrages. Die führenden Kollegen der Zahlstelle hatten schon längst eingesehen, daß mit dem jetzigen Ortsbeitrage kein höherer Beitrag in der Ortskasse angesammelt werden konnte. Auch die letzte Tarifbewegung hatte uns gezeigt, welche Stellung Gesellenkirchen im Ruhrbezirk einnimmt; weiter haben die zuletzt gepflogenen Tarifverhandlungen im deutschen Holzgewerbe uns die Augen geöffnet, daß wir alle Ursache hatten, dafür zu sorgen, rechtzeitig die Ortskasse so zu stärken, daß sie später allen Anforderungen gerecht werden kann. Das haben wir bei den anwesenden Kollegen ein und nach einer gründlichen Aussprache wurde beschlossen den Ortsbeitrag ab 1. April auf 30 Pfennige pro Woche zu erhöhen zum Gesamtbeitrag von 80 Pfennig für die Woche. Hiermit sind wir auch in die Reihe der größeren Städte im Ruhrbezirk eingetreten, die schon länger 80 Pfennig gezahlt haben. Es wurde beschlossen, die Ortsunterstützung neu zu regeln. Hierzu wurde eine Kommission gewählt, die ein Ortsstatut auszuarbeiten hat, welches notwendig wurde, um einen geregelten Geschäftsverkehr einzuführen. Nach all diesen Neuerungen, so hoffen wir, werden die Kollegen alles daran setzen, den alten Ruhm unserer Zahlstelle zu wahren.

Breslau. Unsere Generalversammlung zeigte daß wir nicht in der Lage waren, an einem Abende alles ordnungsgemäß zu erledigen; es mußte deshalb ein zweiter Abend zugenommen werden. Aus dem umfangreichen Jahresbericht des Kollegen Walter, dem Kassen- und Arbeitsnachweisbericht des Kollegen Daumann war die vielfältige Zahlstellenarbeit im Jahre 1912 zu ersehen. Dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Konjunktur eine halbwegs gute war bis zu der Zeit, wo die Balkan-Völker mit den Osmanen die Klinge kreuzten. Die Kriegswirren hatten zur Folge, daß dem Wirtschaftsaufgang der Niedergang bald folgte. Infolgedessen wurde hier mit bedeutend verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Der Geldmarkt lag so ungünstig wie nie zuvor zum Leidwesen der kleinen Arbeitgeber. Leidtragende waren auch die Arbeiter, welche nicht den vollen Lohn bekamen. Für unseren Verband ist Breslau keine verlorene Position. Mit Mut und Ausdauer ist für uns noch manches zu erreichen. Bei dieser Gelegenheit sollten sich die Mitglieder und vor allem die Ortsverwaltung Rechenschaft geben: Haben wir voll und ganz unsere Schuldigkeit getan? Oder gibt es noch vieles zu bessern? Was bisher veräußert wurde, muß mit aller Energie nachgeholt werden. Die regelmäßigen Versammlungen liegen uns sehr zu wünschen übrig. An den Beratungen des Kartells, besonders am Staatsbürgerovortragssyklus hätte die Teilnahme besser sein können. Der Arbeitsnachweis arbeitete gut. Die Kollegen sollten denselben noch besser wie bisher unterstützen. Die Kassenverhältnisse ergaben die Notwendigkeit einer Beitrags-erhöhung. Die Abstimmung darüber ergab, daß die Mehrheit dafür stimmte. Der alte Vorstand wurde wieder gewählt, mit Ausnahme der drei Beisitzer. Mit dem Wunsche, daß das neue Jahr uns einen Schritt weiter bringt, wurde die Generalversammlung geschlossen. Im neuen Jahre aber sei die Parole: Vorwärts immer, rückwärts nimmer.

Witten. Ein Rückblick auf vergangene Jahre stimmt uns nicht gerade freudig. Waren die Kämpfe von außen nicht von besonderer Bedeutung, so hatten wir doch innere Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist die alte, angelegte der ersten Lage umso unbegreifliche Lauheit und Interessenlosigkeit, die uns überall hemmend entgegentritt. Neben dem Geschäfts- und Kassenbericht stand in unserer Generalversammlung die Vorstandswahl auf der Tagesordnung. Es ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß der bisherige Vorstand einstimmig wieder gewählt wurde, gewiß ein schönes Zeichen des Vertrauens der Kollegen zu ihrer Leitung. Kollege Reife-Bohum richtete ernste und begeisterte Worte an die Versammlung, die diesmal einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Möge das neue Jahr für alle Kollegen ein neuer Ansporn sein, zu unermüdlicher zielbewusster Arbeit im Interesse unseres Verbandes. Wenn jeder Kollege seine Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellt, so wird das angefangene Jahr für alle ein segensreiches werden.

Gewerkschaftliches.

Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen hielt in den Tagen vom 11. bis 13. Februar d. J. in Anwesenheit zahlreicher Freunde der Heimarbeiterinnen zu Berlin seinen vierten Verbandstag ab. Fräulein Gertrud Dyhrensfurth behandelte die Ausgestaltung des Gewerbevereinsprogramms. Als neue Programmpunkte wurden vorgeschlagen: Durchführung des Kinderschutzgesetzes, Wohnungspflege, berufliche Fortbildung sowie Arbeitsvermittlung, Regelung des Verdienungsverwehens, direkte Ausgabe behördlicher Aufträge an Heimarbeiterverbände, Durchführung des Hausarbeitsgesetzes und Ausbau der Fachauschüsse im Sinne rechtsverbindlicher Lohnfestsetzungen. Der zweite Referent, Prof. Franke-Berlin, sprach über „die Vertreibung der Heimarbeiter bei Tarifverträgen“. Ueber „behördliche Aufträge für Heimarbeiterinnen“ sprach Dr. Käthe Gaebel. Sie behauptete, daß man bisher noch so wenig davon gemerkt habe, daß die Resolution des Reichstages vom Dezember 1911 wirklich durchgeführt werde. Neben vermehrter Ausgabe von Staats- und Gemeindeförderungen an Heimarbeiterorganisationen sei bei dem Mangel an Tarifverträgen in der Heimarbeit die Festsetzung der Löhne durch die ausübenden Behörden selbst erforderlich. Der zweite Verhandlungstag begann mit einem Vortrag von Oberregierungsrat Dr. Wittmann-Karlsruhe über „Hausarbeitsgesetz und Gewerbeordnungsnovelle“. Der Referent betonte die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Mitwirkung der Heimarbeiterinnen und ihrer Organisationen bei der Durchfüh-

des Gesetzes. Obgleich diese in wichtigen Punkten noch nicht den Anforderungen entsprechen, die eine kräftige Heimarbeiterschuttpolitik stellen müsse, stellte sich der Referent doch in Uebereinstimmung mit der Versammlung auf den Standpunkt, daß es Aufgabe der nächsten Jahre sein müsse, nach besten Kräften an der Durchführung des durch das Gesetz möglich Gewordene mitzuwirken. Einzelfragen aus dem geltenden Recht behandelten Katechet Klingler-Mürnberg und Reichstagsabgeordneter Becker-Mürnberg. Ersterer sprach über das Kindererleid in der Heimarbeit. Zwar drängt oft genug bittere Not die Eltern dazu, die Kinder schon im zartesten Alter mit Heimarbeit zu beschäftigen, sehr häufig sei aber auch die Gedankenlosigkeit und Unwissenheit der Eltern Schuld daran, die paar Pfennige Stundenlohn; die mit Kinderheimarbeit erzielt würden, ständen in keinem Verhältnis zu der Einbuße an Jugendkraft und körperlicher Frische, die fast immer eine Folge des stundenlangen gebückten Sitzens und angelegener Arbeit seien. Außerdem würden die Kinder zu Vohndrückern für die erwachsenen Heimarbeiter. Kollege Johann Becker gab vor allem wertvolle Hinweise, wie die Versicherter die gegebenen Rechte voll ausnützen könnten in Bezug auf Ausbau der Leistungen der Krankenkassen und der Ueberweisung möglichst vieler Heimarbeiterinnen an die allgemeinen Ortskrankenkassen. Um die Ausdehnung der Invalidenversicherung besser zu erreichen, schlug er vor, dem Bundesrat die allgemeine Durchführung zur Pflicht zu machen, mit der Befugnis, da, wo Ausnahmen nötig sein sollten, diese zu verfügen.

Die ganze Tagung der Heimarbeiterinnen legte ein beachtliches Zeugnis dafür ab, wie in den letzten Jahren gewerkschaftlicher Schulung die Fähigkeit der Mitglieder, die vorliegenden Fragen zu erfassen und ruhig, sachlich und verständnisvoll zu behandeln gewachsen ist, und in wie hohem Maße der Gewerksverein sich der Sympathien weitester Kreise erfreut. Bemerkenswert ist, daß anlässlich einer Festvorstellung für die Heimarbeiterinnen im Rgl. Schauspielhaus der Kaiser selbst erschien, um so sein Interesse für die fruchtbringende Tätigkeit des Gewerksvereins zu bezeugen. Die spontane Begeisterung und die stürmischen Ovationen bekundeten den Dank der Heimarbeiterinnen für die hohe Gesinnung des Kaisers.

Agitation für die Gelben. Die Laternenpfeile und Straßendemonstrationen in den verkehrsreichsten Straßen Aachens hatten am Montag, den 10. März früh ein eigenartiges Aussehen. Ueberall waren in Rammelhöhe gelbe und rote Bannere angebracht auf denen zu lesen war:

„Streiber!
Krieger!
Schmaroger!“

„Agitiert für den gelben Werkverein!“

Die „Gelben“ und ihre Gönner sollen über diese Art der Agitation sehr erfreut gewesen sein.

Die Aussperrung im Malergewerbe hat trotz aller Bemühungen der treibenden Kräfte nicht den vom Arbeitgeberverband gewollten Umfang angenommen. Bis Ende der vorigen Woche waren inclusive der in den Streit getretenen Gesellen beim christlichen Malerverband gemeldet 1267, bei der freien Gewerkschaft 1494 Betroffene, wozu noch einige Hundert für sich-Dankler organisierte Maler kommen dürften. Bei 50000 bei Verbandsmeistern in Arbeit stehenden Organisierten ist die Zahl also recht mäßig. Der vom Arbeitgeberverband ausgesprochene Zwang der Aussperrung, die Gewerkschaftskassen zu leeren, um dann Herr der Situation zu sein, dürfte unter diesen Umständen so leicht nicht zu erreichen sein, da die Gesellenorganisationen einheitlich die Kartierung zum Bezuge der Unterstützungen verlängert und für die nichtbetroffenen Mitglieder Beiträge ausgeschrieben haben. Daß — falls es not tun sollte — auch die anderen Berufsverbände die Maler in dem aufgedrängenen Kampfe unterstützen werden, dürfte bei dem ausgeprägten Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft die Schatzkammer noch unerschöpflich verhalten. — Nachdem der Arbeitgeberverband sich durch die Ablehnung der von ihm gewünschten Schiedssprüche der selbstgewählten Unparteiischen der Deffektivität gegenüber in eine recht unangenehme Lage gebracht hat, versucht er durch Annäherung und Erklärungen in der Tagespresse die Schuld am Kampfe auf die Gesellenchaft abzuwälzen. Die Gesellen sind jedoch in der glücklichen Lage, durch aus-

reichendes und sichhaltiges Material diese Forderung der öffentlichen Meinung zu verhindern. Wie über den Parteien stehende über die Aussperrung und ihre Beweggründe denken, zeigt u. a. ein Artikel in der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“. Wir lesen da:

„Nach der ganzen Entstehungsweise dieser Aussperrung und Streikfrage ist es nicht verwunderlich, daß die Durchführung der Aussperrung nicht ohne Schwierigkeiten vor sich geht. Es ist keine rechte allgemeine Kampfesstimmung vorhanden. . . . In der beschlußfassenden Versammlung der Berliner Malergewerkschaft hat der Berliner Obermeister Kruse geradezu sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Arbeitgeber den Anfang mit dem Kampfe machen müssen. Die Tatsache eben, daß drei von den Malermeistern selbst berufene Unparteiische in ihrem Schiedssprüche die Forderungen, gegen die jetzt der Aussperrungskampf geht, für den erträglichsten Interessenausgleich erklärt haben, stimmt nicht nur die unbetheilte öffentliche Meinung, sondern auch die beteiligten Malermeister bedenklich, ob sich ein Kienekampf darum lohne und aussichtsreich sei. . . . Die Malergehilfen haben sich mit der Abschlagszahlung der Schiedssprüche begnügt, weil auf friedlichem Wege nicht viel mehr zu erreichen war; aber sie haben allem Anscheine nach auf ebenjodiel verzichtet müssen, wie den Arbeitgebern in dem Schiedsspruch an Bezüchten zugemutet ist. Mühte angesichts dieser Sachlage, nachdem die Parteien monatelang ihren Friedenswillen beiderseits bekundet haben, notwendig jetzt noch ein allgemeiner Kampf, der voraussichtlich angesichts der Stärkeverhältnisse der Parteien an dem Gesamtergebnis nicht viel ändern, aber dem Gewerbe schwere Wunden schlagen kann, ineffektuell werden?“

Die „Soziale Praxis“ verzeichnet zum Schlusse mit Genehmigung, daß der Staatssekretär des Innern einen neuen Versuch machen wird, den Kampf durch eine Beilegung der Führer beider Lager unter Beteiligung der Unparteiischen rasch ein Ende zu machen. Dazu ist zu bemerken, daß die Gesellenorganisationen allerdings ihre Bereitwilligkeit an einer solchen Konferenz teilzunehmen, ausgesprochen haben; vom Arbeitgeberverband jedoch darüber nichts verlautet, so daß die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Kampfes wohl verfrüht sein dürfte. Geht die „Soziale Praxis“ schon ziemlich scharf mit den aussperrungswilligen Malermeistern ins Gericht, so erfahren ihre angeblichen Beweggründe auch von der allerkompetentesten Seite eine Beleuchtung, die den Herren sehr unangenehm sein dürfte. Die Unparteiischen, Dr. Brenner, von Schulz und Rath, erlassen nämlich in Nr. 3 der von ihnen herausgegebenen Zeitschrift „Das Einigungsamt“ eine Erklärung, welche mit den von den Malermeistern zur Ablehnung der Schiedssprüche vorgebrachten „Gründen“ ziemlich unknapp abrechnet. So wird gegenüber der Behauptung, der Schiedsspruch verpflichte die Meister, innerhalb 6 Monaten paritätische Arbeitsnachweise einzuführen, folgendes ausgeführt: „Weder auf Grund des Vertragswesens, noch des Schiedsspruches kann nach wie vor auf keinem Wege, also auch nicht durch Beschluß der Ortstarifämter ein Vertragsteil tariflich gezwungen werden, gegen seinen Willen einen paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten. Alles beruht nur auf gegenseitiger Vereinbarung. Die Ortstarifämter haben nur zu prüfen, ob eine derartige Vereinbarung zu erzielen ist“. In diese Richtung fügen die Unparteiischen die Worte: „Die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse, in diesem Hauptstreikpunkt eine maßgebende Auslegung zu erfahren und damit die Dinge klar zu sehen.“

Solidarität soll den christlichen Gewerkschaftlern nach sozialdemokratischer Behauptung nicht eigen sein. Vernünftige Menschen lachen über derartige Behauptungen, weil sie recht gut wissen, daß hinter dem roten Phrasengeflügel Lug und Trug liegen. Ein typisches Beispiel sozialdemokratischer Solidarität wird aus Aachen gemeldet. Hier wurden am Samstag, den 8. März 80 sozialdemokratisch und 25 christlich organisierte Maler ausgesperrt. Was zur Folge hatte, daß am gleichen Tage in einer dortigen Bauwerkerei die Schreiner aufgefordert wurden, die fertig gewordenen Fensterrahmen gleich zu streichen. Die Kollegen im Betrieb kamen gegenständig dahin überein, diese Arbeit zu verweigern. Der Reich nach wurden die christlich-organisierten Kollegen beauftragt, diese Arbeit auszuführen. Sie hielten das gegebene Wort. Als dann aber der Arbeitgeber zu dem Mitgliede des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes kam, war dieses sofort bereit, den Liebedienst auszuführen. Der „Gewerks“ begnügte sich nicht nur mit einem einmaligen

Anspruch, sondern nahm auch noch am folgenden Tage den Farbtopf nebst Pinsel und arbeitete recht fleißig, damit nicht etwa ausgesperrte Maler dieselbe Arbeit ausführen mußten.

Gegen Ehrenwort und 20 Mark. Bei der Aussperrung im Malergewerbe spielen die Reverte wieder eine große Rolle. Ganz schlaue haben es diesmal die norddeutschen Malermeister angefangen. Die von ihnen ausgegebenen Reverte sehen nämlich folgendermaßen aus:

„Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Gau 1 Norddeutschland, St: Hamburg 19, Gimsbütteleer Schauffee 116. Der Unterzeichnete Maler, Lackierer-Gehilfe . . . (Name) (Geburtsort und -tag) (Wohnung)

erklärt auf sein Ehrenwort, daß er keiner der nachstehenden Gesellenorganisationen angehört:

1. dem Zentralverband der Maler, Lackierer usw. Deutschlands (Hamburg); dem Zentralverband der christlichen Maler, Lackierer usw. (Düsseldorf); Gewerksverein der Maler, Lackierer für sich-Dankler (St: Berlin).

2. Er erklärt ferner, daß er während der Dauer des Tarifkampfes weder die genannten Organisationen noch deren einzelne Mitglieder moralisch oder mit Geld oder sonstwie unterstützen wird.

3. Er erklärt ferner, daß er den von dem Arbeitgeberverband herausgegebenen Lohnstarif mit den darin festgesetzten Arbeitszeiten und Lohnsätzen als rechtsverbindlich anerkennt und bestätigt den Empfang eines für das zuständige Lohngebiet geltenden Abdruckes von diesem Vertrage.

4. Der Unterzeichnete verpflichtet sich schließlich, seinem Arbeitgeber, dem er dieses Schriftstück unterschrieben ausgehändigt hat, sofortige Anzeige davon zu machen, falls er während der Dauer des gegenwärtigen Tarifkampfes nicht mehr gewillt oder nicht mehr in der Lage ist, die Erklärungen unter den vorstehenden Ziffern 1, 2 und 3 aufrecht zu erhalten.

5. Zur Aufrechterhaltung der in diesem Schriftstück enthaltenen Erklärungen unter 1 bis 3 und zur Erfüllung der Verpflichtung unter 4 hinterlegt der unterzeichnete Gehilfe aus freier Entschliebung einen Geldbetrag von M. 20,— (zwanzig Mark), bei der mitunterzeichneten Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes. Er ist ausdrücklich damit einverstanden, daß der Arbeitgeberverband diesen Betrag als Vertragsstrafe zur eigenen Verfügung verfallen betrachten soll, wenn der unterzeichnete Gehilfe gegen seine Erklärungen oder gegen seine Verpflichtungen aus diesem Schriftstücke verstoßen sollte. Die Hinterlegung kann auch in zwei sofort zu leistenden Wochenraten von je 10,— Mark an den nächsten Lohnzahlungstagen erfolgen.

6. Der mitunterzeichnete Arbeitgeberverband verpflichtet sich, den unterzeichneten Gehilfen bestmöglichst unter den Bedingungen des ausgehändigten Lohnstarifes bei seinen Mitgliebrern zu beschäftigen, solange der Gehilfe die in diesem Schriftstück enthaltenen Bedingungen erfüllt.

7. Nach Ablauf des gegenwärtigen Tarifstreites mit den Gesellenorganisationen und mit Abschluß eines Reichstarifvertrages soll dieses Schriftstück und der dazugehörige Lohnstarif seine Gültigkeit verlieren und die hinterlegte Sicherheit unverzüglich zurückgegeben werden, sofern der Rückgabe nach Punkt 5 dieses Schriftstückes keine Hinderung im Wege steht. Vorstehendes Schriftstück habe ich vor der Unterzeichnung genügen gelesen und verstanden und erkläre mein volles Einverständnis mit dem Inhalte. Meine Unterschrift leiste ich völlig aus freier Entschliebung. Einen Abdruck von diesem Schriftstück habe ich erhalten.“

Die Malermeister scheinen demnach die „Ehrenmänner“ die sich durch Unterzeichnung derartiger Reverte ihrer staatsbürgerlichen Rechte begeben, richtig eingutagieren. Für 20 Mk werden diese Leute ihr „Ehrenwort“ schon eher halten.

Adressenveränderungen.

- Elberfeld. R. Bernhard Buchholz, Brunnenstraße 37 II
- Floersheim. V. Ludwig Cremer, Oberbaumstraße 10.
- Harjum. R. Heinrich Reichardt, Reifenmacher.
- Heilbronn. R. Josef Rühler, Großgatacherstraße 11.
- Herne. R. Wilhelm Buder, Schülerstraße 23.
- Höchst. V. Heinrich Repp, Jahnstraße 18. R. A. Christoph Appel, Falkensteinstraße 27.
- Kreuznach. V. Friedrich Kreyh, Leitergasse 91.
- Nidda. V. R. Hans Kroth, Raunstraße 104, von 1/27—1/28.
- Offenbach a. M. R. Otto Kresse, Kollkestraße 10 II

Briefkasten.

Kollege Heinrich Schäfer (Buchnummer 55397) wird gebeten, seine Adresse der Ortsgruppe Lüdinghausen mitzuteilen.

Sterbefasel.

Friedrich Redder, Holzarbeiter, 49 Jahre alt, gestorben zu Werthe bei Bad Deynhausen.

Wagnerei-Einrichtung

samt Holzvoräten in verkehrreicher Stadt Ober Schwabens billig zu verkaufen. Werkstatt kann gemietet oder gekauft werden.

Offerten unter F. F. 102 sind zu richten an die Geschäftsstelle des Blattes.

Drehflergelhilfe

findet sofort oder später in Paris Stellung. Taglohn 7 Fr. oder Stilllohn. Dauernde Posten. Briefliche Anfragen an die

Christliche Gewerkschaft, Boulevard Grenelle 96, Paris.

Empfehle mich den Mitgliedern der Zahlstelle Deynhausen des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter zur

Anfertigung seiner Damen- und Herrengarderobe.

Für tadellosen Sitz und gute Verarbeitung bei billigen Preisen, Garantie.

Frei Urnhölzer, Niederbeckers 524 bei Bad Deynhausen.

Anzeigen der Zahlstellen.

Hamburg.

Am 15. März d. J. befehlen sich hiermit die Arbeitsnachweise unserer Zahlstelle: Dreyerstraße 12. Fernsprechnummer: Gruppe 5, Nummer 1478. Der Arbeitsnachweis ist geöffnet wie bisher, von 7 bis 8 Uhr abends, Sonntag von 11 bis 12 Uhr mittags. Die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt zu die gleiche Zeit auf dem Büro.

Lüchlige Möbelschler

Die selbständig nach Zeichnung arbeiten können, nicht unter 22 Jahre alt, sowie

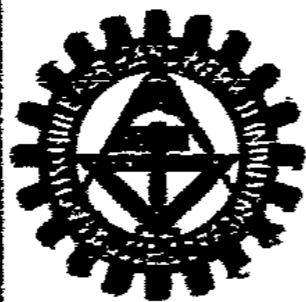
mehrere Bildhauer

sie bessere Möbelarbeiten, für dauernde Arbeit suchen gesucht. Besondere schriftliche Anfragen werden.

Arbeitsnachweis des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter, Zahlst. Hamburg, Dreyerstraße 12.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER



(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., gewerbli. Geometrie, Stil- u. Formel. Mat., Werkz., Maschinenkde., Freihands-, Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meistersstück kann in der Schule angefertigt werden. ENTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zwei-jährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

2 ältere, tüchtige Tischler

auf Bau-Möbel bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht.

H. Wöhler,

Ludwigstraße i. Kolln.

Lücht. Tischler und Polierer

für seine elektrotechnische Holzwaren finden dauernde, gut lohnende Beschäftigung bei

Aug. Zoppmann, Holzwarenfabrik und Kunstschlerei.

Witten i. G.

Eingelegte Formiere für Kabinette, Schränke und Fallungen

Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben.

Carl Jansen, Köln. — Druck des Heinrich Heffing, Köln.